

# Marzahn- Hellersdorf

19. Jahrgang / Mai 2009

# links

**DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt**

In dieser Ausgabe lernen Sie Martin Kleinfelder kennen. Sein Engagement gilt der Kinder- und Jugendarbeit. Chancen für alle - unabhängig vom Geldbeutel der Eltern! In „seinem“ Verein „Der Rote Baum“ wird dafür allerhand getan ..... Seite 2

Reicht Reduzierung der Gesamtheit der gesellschaftlichen Austauschverhältnisse auf Warenaustausch aus, um die soziale Welt zu beschreiben, ohne ihr den Charakter eines Marktplatzes zu verleihen? Nachgelesen dazu bei Bourdieu ..... Seite 6

Die Seite der Linksjugend Marzahn-Hellersdorf - die nunmehr 19. - mit den Themen: Ausstellung: Auschwitz - nie wieder! / Antiziganistische Zustände - eine Buchvorstellung / Kontaktmöglichkeiten für Interessierte und Tipps ..... Seite 7

## Am 7. Juni ist Europawahl:

### ... aus Berlin – nach Brüssel ...?!

**A**m 7. Juni entscheiden die BürgerInnen über die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union.

Europa ist schon heute für die rd. 500 Millionen Menschen in den 27 Mitgliedsländern und 274 Regionen der EU, konkret und vor Ort erlebbar. Europäische Gas-, Strom- und Verkehrsnetze sowie vielfältige Normierungsregeln bestimmen unseren Alltag.

Als Kandidatin für das neue Europaparlament möchte ich vor allem die Chancen des neuen vereinigten Europa aufgreifen. Die EU stellt zum Ausgleich von Strukturschwächen in den Regionen umfangreiche Mittel zur Verfügung, die vor Ort eingesetzt werden können. Berlin erhält im Zeitraum 2007-2013 z.B. 1,2 Milliarden Euro Fördermittel. Auch in Hellersdorf-Marzahn kommen solche Mittel zum Einsatz. Wichtige Arbeitsmarkt-, Kultur-, Stadtentwicklungs- und Integrationsprojekte konnten damit bereits unterstützt werden, wie z.B. das Projekt „Arbeit bis ins Alter“, um für die über 50-jährigen ArbeitnehmerInnen des Bezirks sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Auch das Projekt „Gebietsmanagement im Gewerbeband eastside“ zur Entwicklung und Vermarktung von Gewerbeflächen fand EU-Unterstützung. Viele weitere Beispiele ließen sich anführen. Gleichzeitig verdient die gegenwärtige EU insgesamt eine kritische Betrachtung. Es hat einen Grund, warum sich viele Menschen bisher wenig für die Europäische Union interessieren. Dabei



Martina Michels. Foto: privat

hat Zukunftsfähigkeit für mich insbesondere eine soziale Dimension. DIE LINKE setzt sich ein für die europäische Angleichung von sozialen Standards auf hohem Niveau anstelle eines Lohn- und Sozialdumpings, wie wir es gegenwärtig erleben. Mein Ziel ist ein Europa der Menschen und nicht der Konzerne, in dem soziale Perspektiven wichtiger sind als Renditeprozesse. Die Europäische Union braucht daher dringend eine Neuausrichtung. Es geht um die Überwindung der alten neoliberalen Denkmuster, die Privatisierung und Deregulierung in den Vordergrund stellt. Wir wollen eine stärkere demokratische Kontrolle, insbesondere der europäischen Finanzmärkte. Es braucht vor allem mehr Transparenz, damit die BürgerInnen europäische Entscheidungsprozesse nachvollziehen und Vertrauen in die EU gewinnen können. Oberstes Ziel unsrer politischen Arbeit ist und bleibt insbesondere der Einsatz für eine friedliche Union, die Krieg als Mittel zur Lösung von Konflikten ausschließt.

Als europapolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus engagiere ich mich bereits seit vielen Jahren mit diesem Anspruch in der Europapolitik. Mit uns wird es kein „Weiter so!“ geben. Wer Veränderung will, kann sich dabei auf uns als Bündnispartner verlassen, denn

## Was gibt's noch?

### Seite 2:

Zur Person: Martin Kleinfelder / Petra Pau: Ein nimmerkluges Knäblein

### Seite 3:

Integration braucht ein Mehr an Ausstattung / Geschichte

### Seite 4:

Besuch im Bundestag / Rathausreport

### Seite 5:

Linke Unternehmer? / Aus dem Bezirksvorstand

### Seite 6:

Politische Bildung: Pierre Bourdieu / Aus den Siedlungsgebieten

### Seite 7:

Jugendseite

### Seite 8:

Tipps und Termine

für DIE LINKE stehen Frieden und soziale Gerechtigkeit konsequent im Vordergrund. Wir stehen dabei nicht allein, sondern arbeiten in Brüssel gemeinsam mit 31 anderen europäischen linken Parteien in einer konföderalen Fraktion GUE/NGL zusammen. Dieses Projekt wollen wir fortsetzen. Vor allem der Sozialprotest und der Protest gegen den Krieg brauchen mehr Gehör, auch durch eine starke Linke im Europaparlament!

### Martina Michels

\*\*\*\*\*

Martina Michels ist Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses (DIE LINKE)

- geboren 1955 in Berlin

- Diplom-Philosophin

- europapolitische Sprecherin im Berliner Abgeordnetenhaus, Vorsitzende des Europaausschusses

- Mitglied im „Ausschuss der Regionen“ in Brüssel

- kandidiert auf Platz 9 der Liste für die Europawahl

# DIE LINKE.

# Zur Person: Martin Kleinfelder

## Der Rote Baum

**M**artin Kleinfelder, vielen noch bekannt als Martin Uther, sowie früheres Fraktions- und Bezirksvorstandsmitglied ist sozusagen der „Rote Baum“, zumindest in Hellersdorf.

Etwas über die Dreißig, hat er schon recht unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Ein unspektakuläres Jugendleben in der DDR, die Nachwendejahre mit ersten politischen Gehversuchen, Ausbildung zum Erzieher, Arbeit und die eigene Familie.

Vor sechs Jahren verriet Martin „Marzahn-Hellersdorf links“, dass er sich am liebsten in einem Klub in der Trägerschaft des Jugendvereins „Roter Baum“ e.V. engagieren würde, der seine Wurzeln in Dresden hat und von PDS-Mitgliedern gegründet wurde.

Der Wunsch hat sich erfüllt, und so ist Martin zum „Roten Baum“ gekommen:

1995 war er Betreuer in einem Ferienlager. Da stimmte das Preis-Leistungsverhältnis nicht, was ihm besonders dadurch auffiel, dass ein zweites Ferienlager im gleichen Objekt war, bei dem der Preis nur halb so hoch, der Spaß und das Programm dafür doppelt waren. Die netten Leute hatten ihn

zu ihrem Nachtreffen eingeladen, wo er feststellte, dass der Rote Baum, im linken Spek-



Martin Kleinfelder

Foto: Y. Rami

trum angesiedelt, Werte darstellt, die für ihn wichtig waren.

Solidarität, soziale und ökologische Werte wurden vertreten. Hier fühlte Martin sich wohl. Er wurde gleich in die Betreuung einer Jugendweihegruppe eingebunden, die ein Wochenende in Berlin verbrachte.

Seit dem ist viel Zeit vergangen und der Rote Baum ist groß und stark geworden. So stark, dass er auch Anfeindungen überlebte. So wurde trotz der Zustimmung der Eltern, Erzieher, Ortsbeiräte und des Jugendhilfeausschusses die Übertragung von Kitas an den Roten Baum in Dresden mit den Stimmen von NPD und CDU verhindert. Auch in Berlin gab es einige Krisen zu überwinden.

Dennoch freut sich Martin, dass sie in diesem Jahr ihr zehnjähriges Bestehen auch hier feiern können. Heute hat der Rote Baum seinen Sitz in der Stendaler Straße 43. Er führt Gedenkstättenfahrten und Jugendbegegnungen durch, arbeitet mit Hilfe einer bezirklichen Förderung im Bereich der Jugendkulturarbeit und hat ein neues, viel beachtetes Projekt: Das „Bunte Haus“ es befindet sich in der Hellersdorfer Promenade 14 und hält verschiedene Angebote für Familien vor.

Eines davon ist eine Beratung in Fragen des SGB II, die ab sofort durchgeführt wird. Beratungen sind nach telefonischer Terminvereinbarung möglich: 28868938.

Mehr zur Arbeit des Roten Baums unter: [www.roter-baum.de/berlin](http://www.roter-baum.de/berlin). **Sabine Behrens**

## Petra Pau (MdB): Ein nimmerkluges Knäblein

**D**ie Argumente waren ausgetauscht. Die Abstimmung konnte beginnen. FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen sagten Ja. Die Unions-Fraktion und die SPD blieben beim Nein. Wieder war ein Vorstoß, auch auf Bundesebene Volksabstimmungen einzuführen, gescheitert. Damit bleibt die Bundesrepublik Deutschland bei direkter Demokratie weiterhin ein EU-Entwicklungsland.

Dabei steht im Grundgesetz, Artikel 20 (2): „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und in Abstimmungen (...) ausgeübt.“ Wahlen werden

Immerhin, die CDU/CSU blieb sich auch diesmal treu. Direkte Demokratie schwäche die Parlamente, hieß ihr erstes Argument. Volksabstimmungen riefen nur Demagogen und Populisten auf den Plan, so das zweite. Schließlich sei alles so komplex, dass es sich nicht auf ein einfaches Ja-Nein-Weißnicht reduzieren ließe. Einwand eins und drei sind so alt, wie falsch und arrogant.

Anders verhält es sich beim zweiten Bedenken. Wir haben es gerade in Berlin live erlebt. „Pro Reli“ bringe „Freiheit“, prangte von zahllosen Plakaten. Ja zu „Pro Reli“ sei eine Frage der „Ehre“, hieß es salbungsvoll

### „Pro Reli“ gescheitert

Seit zirka zwei Jahren wird an den Berliner Schulen das Fach „Ethik“ unterrichtet, das u. a. die Werte unserer Zivilgesellschaft vermitteln und einen Beitrag zur Integration leisten soll. Das war einigen religiösen Eiferern zu wenig. Nach ihren Intentionen sollten an den Schulen wieder der Glaube an den lieben Gott und das Beten gelehrt werden, und das als Pflichtfach mit der Vergabe von Zensuren.

Dieses Ansinnen ist in doppelter Weise gescheitert: Insbesondere in den östlichen Bezirken wurde mit überwiegender Mehrheit mit „Nein“ gestimmt. (Marzahn-Hellersdorf: 33.722 Nein-Stimmen zu 9.959 Ja-Stimmen).

Darüber hinaus wurde auch nur im Bezirk der „Betuchten“, Steglitz-Zehlendorf, überhaupt das Quorum von 25 % der Wahlberechtigten erreicht. Es bleibt also bei der Trennung von Staat und Kirche. Gott sei Dank.

**Viktor Durnick**  
Sprecher BO 12

**Jetzt Neuigkeitenbrief bestellen: <http://onysix.de/petrapau/>**

seit 1949 praktiziert. Das Recht auf direkte Abstimmungen aber harrt seit 60 Jahren noch immer darauf, dass Zweidrittel der Mitglieder des Bundestages es frei schalten. Am 23. 04. 2009 ist der x-te Versuch gescheitert.

Treu und verlässlich erwies sich im Blockade-Block erneut die SPD. Dabei gab es Zeiten, da warb sie mit dem Slogan „Mehr Demokratie wagen!“ Doch das ist lange her. 2004, als es um eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung ging, log der damalige SPD-Kanzler Gerhard Schröder sogar forsch: „Das Grundgesetz verbietet Volksabstimmungen!“

in massenhaft verschickten Bürgerbriefen. Kurz vor Toresschluss ließ gar Benedikt XVI. noch aus Rom verkünden: „Religion an Schulen ist ein Bürgerrecht!“

Nein, an Demagogen und Populisten mangelte es bei der jüngsten Berliner Volksabstimmung wahrlich nicht. Und die Berliner CDU war stets dabei. Möglicherweise wollte sie der Bundes-CDU auch nur beweisen, wie recht diese habe.

Aber dieses Experiment ging gründlich schief: Das Gros der Bürgerinnen und Bürger ging ihnen nicht auf dem Leim. Sie erwiesen sich als klüger.

## LINKE fordert Einrichtung einer 7. Klasse an der Dahlmann-Schule Integration braucht ein Mehr an Ausstattung

Zu Beginn der Sitzung der BVV im April gedachten die Verordneten des erst kürzlich verstorbenen Uwe Hoppe. Er war seit vielen Jahren als Beauftragter für Menschen mit Behinderungen in Marzahn-Hellersdorf tätig. Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle würdigte in ihrer Kondolenzrede sein Engagement für die Menschen in unserem Bezirk.

Im Mittelpunkt der April-Sitzung stand unter anderem die kommende Haushaltsplan-Aufstellung.

Die Linksfraktion brachte einen dringlichen Antrag ein, der einen Bericht darüber fordert, warum der Bezirk im vergangenen Jahr seinen Zielen beim Abbau der Verschuldung nicht in geplanter Höhe nachgekommen ist. DIE LINKE geht davon aus, dass dies vor allem an der unzureichenden finanziellen Ausstattung der Bezirke liegt. Der geforderte Bericht wird im Mai 2009 der BVV vorliegen und wird zur Grundlage der Auseinandersetzung mit dem Land Berlin über die Ausstattung für den Haushalt 2010/2011.

Ein weiterer Schwerpunkt war wiederholt die

Bildungspolitik. SozialdemokratInnen und LINKE hatten hierzu Anfragen eingebracht. Hassan Metwally, bildungspolitischer Sprecher der Linksfraktion, erläuterte die Notwendigkeit eines wirklichen Integrationskonzeptes für ehemalige SonderschülerInnen an den Regelschulen. Eltern haben berichtet, dass sie ihre Kinder zwar an der Regelschule anmelden können, jedoch keinerlei Förderung für ihr Kind erhalten. Um diesem derzeitigen Zustand entgegenzuwirken, beantragte die Linksfraktion die Neueinrichtung einer 7. Klasse an der Dahlmann-Schule, die nach dem Willen des Bildungsstadtrats Komoß (SPD) eigentlich auslaufen soll.

Metwally betonte, dass die LINKE für die Integration aller SonderschülerInnen in die Regelschulen steht, jedoch hierfür zuvor die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Ohne zusätzliche Mittel für die Schulen kann Integration nicht gelingen. Der Antrag wurde in den Bildungsausschuss überwiesen.

**Bjoern Tielebein**

## Nach dem Wahlkampf ist vor dem Wahlkampf!

Liebe Genossinnen und Genossen, hinter uns liegt ein erfolgreicher Abstimmungskampf in Sachen „Pro Ethik“. Wir haben gerade in den letzten Tagen vor dem Urnengang am 26.4. mit Info-Ständen massiv für unser Anliegen geworben und dies hat sich als erfolgreich erwiesen. Ein herzlicher Dank geht an alle, die sich aktiv in diese Auseinandersetzung eingebracht haben, an Ständen geworben und Plakate an die Laternen unseres Bezirks gebracht haben.

Nunmehr gilt es einen sichtbaren und intensiven Wahlkampf für die Wahlen zum Europäischen Parlament und dem Deutschem Bundestag zu führen.

Wir haben noch nicht all unsere Kräfte aktiviert. Auch bei der Abstimmung Ende April sind wir noch hinter unseren Möglichkeiten zurück geblieben.

In den kommenden Wochen sollten wir in allen Teilen unseres Bezirks für unsere Positionen werben. Dazu brauchen wir die Unterstützung jedes einzelnen. Sprecht mit Bekannten und Freunden und werbt dafür, aktiv zu werden – aktiv für DIE LINKE – aktiv für sozialistische Politik.

Bitte meldet Euch in der Geschäftsstelle, wenn ihr Euch in den Wahlkampf einbringen wollt. Auch in Eurem Kiez können Flyer gesteckt, Plakate gehängt und Info-Stände durchgeführt werden. Wir wollen als Partei überall dort präsent sein, wo wir Menschen erreichen und mit ihnen ins Gespräch kommen können.

Anfang Mai wird sich das Bezirkswahlbüro konstituieren. In den SprecherInnenberatun-

gen wird der Wahlkampf in den kommenden Monaten sicher eine besondere Rolle spielen.

Daher bitte ich Euch, in Euren Basisgruppen zu beraten, wie ihr Euch aktiv in die vor uns liegenden Wahlkämpfe einbringen könnt. Nicht-Partei-Mitglieder sind natürlich immer herzlich willkommen.

In diesem Sinne – kämpfen wir nunmehr bis zum 27. September 2009 gemeinsam für eine starke LINKE!

**Bjoern Tielebein**

Stellvertretender Bezirksvorsitzender



## Aus der Bezirksgeschichte

**Vor 33 Jahren:** 26. Mai 1976

Das ZK-Sekretariat der SED bestätigt Maßnahmen der „FDJ-Initiative Berlin“ für den weiteren Aufbau des neuen Stadtbezirks Marzahn.

**Vor 32 Jahren:** 1. Mai 1977

Die AWG des WBK Berlin wird gegründet. Bis 1984 erhält sie in Marzahn 3.935 Wohnungen.

4. Mai 1977

Als erstes Gebäude im Neubaugebiet Marzahn wird die Kaufhalle in der späteren Marchwizastraße eröffnet. Zunächst dient sie als Versorgungsstützpunkt für die Bauarbeiter. Ende 1977 wird sie für die Neu-Marzahn zur ersten Verkaufsstelle.

**Vor 31 Jahren:** 2. Mai 1978

Die erste kombinierte Kindereinrichtung aus Kinderkrippe und Kindergarten wird in der Marchwizastraße 47-49 übergeben.

**Vor 30 Jahren:** 20. Mai 1979

Erstmals finden in Marzahn Wahlen zur Stadtbezirksversammlung statt. Es werden 107 Abgeordnete und 32 Nachfolgekandidaten gewählt. Von diesen stellen der FDGB 33, die SED 30, die FDJ 21, die DBD 13, die CDU, die LDPD, die NDPD und der DFD jeweils zehn und der Kulturbund zwei Vertreter.

**Vor 29 Jahren:** 16./17. Mai 1980

Das erste Stadtbezirksfest Marzahns findet unter dem Motto „Marzahner Frühling“ im Wohngebiet 1 statt.

**Vor 28 Jahren:** 29. Mai 1981

Am Helene-Weigel-Platz wird nach elfmonatiger Bauzeit das Filmtheater „Sojus“ mit dem DEFA-Film „Asta - mein Engelchen“ eingeweiht.

**Vor 22 Jahren:** 9. Mai 1987

Anlässlich des 750. Jubiläums von Berlin wird am Kienberg in Marzahn die Berliner Gartenschau eröffnet.

**Vor 20 Jahren:** 29. Mai 1989

Die Buchhandlung „Anna Seghers“ wird an der Marzahner Promenade eröffnet

**Vor 19 Jahren:** 6. Mai 1990

Erste Kommunalwahlen nach der Wende. Die PDS ist in Marzahn und Hellersdorf stärkste Fraktion. Eine Zählgemeinschaft von SPD; CDU Bü 90/Grüne verhindert in beiden Bezirken, dass VertreterInnen der PDS, entsprechend des Wahlergebnisses, als Stadträte oder BVV-Vorsteher gewählt werden.

**Vor 17 Jahren:** 10. Mai 1992

Zwischen dem Bezirk Marzahn und der polnischen Stadt Tychy wird ein Vertrag über Städtepartnerschaft abgeschlossen.

**Vor 16 Jahren:** 23. Mai 1993

Nach der vom Senat verfügten Schließung des „Galgens“, trat der PDS-Vorsitzende, Klaus-Jürgen Dahler, in den Hungerstreik.

**Vor 9 Jahren**

Maifeier vor dem Rathaus Helle Mitte mit zirka 10000 TeilnehmerInnen unter dem Motto: „Bunte Vielfalt gegen braune Einfalt“ – Veranstaltung von Parteien, Vereinen und Persönlichkeiten und Künstlern gegen den Aufmarsch der NPD in Hellersdorf.









